

EU-Gelder für RWE

Essener Strommulti setzt in Osteuropa auf Rekonstruktion alter Atommeiler und schafft sich mit Hilfe Brüssels neue Geschäftsfelder

Von Marvin Oppong

Werbung für die eigene Sache ist okay. Noch besser ist, wenn dies von anderen bezahlt wird. Das scheint auch der Energiemulti RWE so zu sehen. Eine der Tochtergesellschaften der RWE Power AG, die RE GmbH mit Sitz in Köln, hat im vergangenen Jahr 5,9 Millionen Euro Beratungshonorare aus einem Förderprogramm der EU erhalten. Die dem Unternehmen für den Zeitraum 2007 bis 2010 bewilligte Gesamtsumme von 6,6 Millionen Euro stammt aus dem EU-Programm TACIS.

Mit diesem Programm sollen hehre Ziele erreicht werden. Gefördert werden nach Brüsseler Selbstverständnis Demokratisierung, Stärkung der Rechtsstaatlichkeit und der Übergang zur Marktwirtschaft in den aus dem Zusammenbruch der Sowjetunion hervorgegangenen neuen unabhängigen Staaten.

RE war u. a. Konsortialführer für EU-Beratungsleistungen für rumänische Atomkraftwerke. Diese Serviceleistung diente der Förderung einer »Kultur der Betriebssicherheit« und der Unterstützung bei der »Umsetzung von Projekten zur Nuklearsicherheit«, wie es offiziell hieß.

Im Atomkraftwerk Rovno ist ein Reaktor des sowjetischen Typs WWER 440 in Betrieb. Diese Meiler haben keine Sicherheitsummantelung, die im Falle einer Kernschmelze eine Freisetzung von Radioaktivität verhindern könnte. »Für viele der Reaktoren steht die planmäßige Lebensdauer nun kurz vor dem Ablauf«, hieß es in einem Dokument des EU-Parlaments dazu. Ein Neubau, bei dem RWE das Rennen machen könnte, liegt daher nicht in weiter Ferne. Gut im Geschäft ist auch die RWE Nukem GmbH, ebenfalls eine Tochter-Tochtergesellschaft des Essener Konzerns, Sie rüstete u.a. die Verbrennungsanlage im russischen Kernkraftwerk Kola nach und erweiterte eine Rauchgasreinigungsanlage. Hierfür flossen bis zum Jahr 2005 3,1 Millionen Euro aus dem TACIS-Programm.

Dieses Engagement zieht aber auch Kritik auf sich: So hatte die Umweltschutzorganisation Greenpeace RWE vorgeworfen dazu beizutragen, die Betriebsdauer der unsicheren Blöcke von Kola zu verlängern. Aber auch von einem möglichen Neubau dieses Atomkraftwerkes könnte RWE profitieren.

So unterzeichnete RWE erst am 20. November mit Projektpartnern eine Investitionsvereinbarung, um in der Nähe von Bukarest zwei zusätzliche Blöcke des Atomkraftwerks Cernovoda zu bauen. Im Oktober erhielt RWE den Zuschlag für einen 49prozentigen Anteil am Bau eines Kraftwerks in Belene in Bulgarien, für das sich der Konzern im Jahr 2007 zusammen mit den Energieunternehmen CEZ, Electrabel, Enel und E.on beworben hatte. Umweltorganisationen beklagen, daß der Standort des von RWE geplanten Kernkraftwerks in Bulgarien in einem Erdbebengebiet liegt. »Ein schweres Erdbeben bei einem laufenden Reaktor kann wie Tschernobyl Auswirkungen auf ganz Europa haben. Das Ost-Engagement von RWE ist auch deswegen als sehr problematisch einzustufen« so Heinz Smital, Atomexperte bei Greenpeace Deutschland.

RWE sucht auch wegen der Verknappung von Emissionsrechten einen Ausgleich für die Stromerzeugung auf Braunkohlebasis, der bisher wichtigsten Säule des Unternehmens. Nicht zuletzt deshalb investiert der Konzern verstärkt in Atomstrom. »Wir verfolgen (...) mit großem Interesse die Entwicklung in anderen Ländern, insbesondere Osteuropa«, so der Konzern auf seiner

Homepage. Im Gespräch ist aktuell auch der Neubau des Kernkraftwerks Ignalina in Litauen.

Bereits im November 2007 war bekanntgeworden, daß RWE Power 472000 Euro Agrarsubventionen von der EU erhalten hatte, um ehemalige Braunkohlegruben zu rekultivieren. Dem Essener Konzern wurde im Zusammenhang mit der sogenannten RWE-Affäre vorgeworfen, Einfluß auf die Politik zu nehmen. In diesem Zusammenhang war bekanntgeworden, daß rund 200 haupt- und nebenamtlichen Mandatsträger Bezüge vom Konzern erhalten haben sollen. RWE-Chef Jürgen Großmann ist ein persönlicher Freund von Altkanzler Gerhard Schröder.